

GERHARDS, JÜRGEN / LENGFELD, HOLGER

EUROPÄISIERTE CHANCENGLEICHHEIT: EINSTELLUNGEN ZUR ÖFFNUNG DES DEUTSCHEN ARBEITSMARKTS FÜR EU-AUSLÄNDER

Jürgen Gerhards, Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie, j.gerhards@fu-berlin.de
Holger Lengfeld, FernUniversität Hagen, Institut für Soziologie, holger.lengfeld@fernuni-hagen.de

AD-HOC-GRUPPE 44: EUROPÄISCHE INTEGRATION: INTERDEPENDENZEN VON POLITISCHER STEUERUNG UND GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

Mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ hat die Europäische Union die Idee einer Deregulierung der Zugangsbarrieren zu den nationalen Arbeitsmärkten umgesetzt. Wanderungswillige EU-Bürger erhielten Zugang zu den bis dato abgeschotteten Arbeitsmärkten der anderen Mitgliedsländer und – wenn auch begrenzt – zu deren nationalen Sicherungssystemen. Die Idee nationalstaatlich begrenzter Gleichheit aller Marktbürger wird damit ersetzt durch eine europäisch begrenzte Idee der Gleichheit, die alle EU-Bürger als Gleiche betrachtet und die legitimierte Ungleichheitsgrenze nach außen verschiebt. In welchem Maße unterstützen die Bürger die Idee einer europäisierten Chancengleichheit und erachten eine Gleichheit aller europäischen Marktbürger als legitim? Unter Rückgriff auf Daten einer SOEP-Sondererhebung aus dem Jahr 2006 gehen wir folgenden drei Fragen nach:

1. in welchem Ausmaß unterstützen die befragten Deutschen das EU-Skript der generellen Deregulierung der Zugangsmöglichkeiten für EU-Ausländer?
2. Ob und in welchem Ausmaß spielt das EU-Herkunftsland eines potentiellen Zuwanderers eine Rolle für die Zubilligung gleicher Rechte?
3. Inwieweit lassen sich Einstellungsunterschiede in der Zustimmung zur europäisierten Chancengleichheit durch die sozialstrukturelle Position der Befragten erklären?